



Leseprobe aus Schimank und Volkmann, Das Regime der Konkurrenz:
Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute, ISBN 978-3-7799-3697-8

© 2017 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3697-8)

isbn=978-3-7799-3697-8

1 Einleitung

Geld regiert die Welt!? Doch es gab Zeiten, da brauchte in einem Land wie unserem ein Arzt nicht zu wissen, was die von ihm tagtäglich geleisteten Dienste kosten. Wenn er ein spezielles Diagnoseverfahren, eine aufwendige Operation oder die Dauerverabreichung teurer Tabletten für medizinisch geboten hielt, geschah dies – koste es, was es wolle, wie man fast ohne Übertreibung sagen konnte.

In jenen Zeiten stampfte der Staat – nicht nur in Deutschland – binnen zehn Jahren mehrere Dutzend neuer Universitäten aus dem Boden und baute obendrein die bereits existierenden kräftig aus. Zigtausende Studienplätze wurden geschaffen, um dem „Akademikermangel“, der als schwerwiegendstes Versäumnis des „Bildungsnotstands“ galt, abzuhelfen. Nicht nur wurde zur Finanzierung der immensen Kosten des Hochschulausbaus für keinen Moment an die Einführung von Studiengebühren gedacht – der Staat legte noch eins drauf und stellte Studierenden, die nicht aus einem Besserverdienenden-Elternhaus kamen, eine monatliche Unterstützung zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten zur Verfügung, als zinsloses Darlehen oder sogar als überhaupt nicht zurückzuzahlende Alimentierung.

Zur selben Zeit förderte der Staat im Rahmen der gemeinsam mit den Sportverbänden und -vereinen getragenen Kampagne „Sport für Alle!“ den Breitensport durch den Bau tausender Sportstätten und die Finanzierung zahlloser Übungsleiterpauschalen (Hartmann-Tews 1996). Auf derselben Linie schmückte das Motto „Kultur für Alle!“ eine großzügige staatliche Förderung des Museums-, Theater- und Opernbetriebs und des Ausbaus der Volkshochschulen. Die Zahl der Breitensportler stieg kräftig an, die der Nutzer kultureller Angebote ebenfalls, wenngleich weniger stark.

Man könnte Weiteres nennen – etwa noch den sozialen Wohnungsbau und die staatliche Förderung des Eigenheimbaus oder den Familienlastenausgleich, insbesondere für kinderreiche Familien (Hilpert 2012). Das Muster ist immer das Gleiche, und

so völlig anders als das heutige. Heute spricht man davon, dass nicht wenige medizinische Leistungen nur noch für „die Reichen“ sind; man sieht die Hochschulen genau wie die Schulen – und zwar nicht nur die Gebäude – verrotten, mit immer weniger Lehrpersonal für immer mehr Studierende bzw. Schüler; wer in einer angenehmen Umgebung Sport treiben will, geht meist besser in ein kommerzielles Fitness-Studio, sofern er es sich leisten kann; und Museen wird inzwischen mancherorts das früher absolut Undenkbare zugemutet, Bilder aus der eigenen Sammlung zu verkaufen, um ein Haushaltsloch zu stopfen.

Es geht aber nicht nur darum, dass der Staat Geld sparen muss. Es geht auch darum, dass er privaten Investoren Möglichkeiten des Geldverdienens anbietet, damit die Wirtschaft floriert und Arbeitsplätze erhalten oder sogar geschaffen werden – siehe etwa die Privatisierung von Post und Bahn. Wenn diese ehemals staatlichen Organisationen Gewinne abwerfen, bedeutet das steigende Steuereinnahmen, was die Sparzwänge bei den zuvor erwähnten Staatsaufgaben ein wenig mildert. Hinzu kommt, dass man sich von einer privatwirtschaftlichen Erbringung der betreffenden Leistungen eine Effizienzsteigerung verspricht: mehr Leistung fürs gleiche Geld. Auch eine zwar in staatlicher Regie verbleibende, aber an privatwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Leistungsproduktion erscheint attraktiv – sowohl zum Geldsparen als auch, um mehr „value for money“ zu bekommen. So wird z. B. die „leistungsorientierte Mittelvergabe“ von Teilen der finanziellen Grundausstattung an die deutschen Hochschulen begründet: nicht länger eine Zuteilung der Gelder nach dem Gießkannenprinzip, sondern so, dass die „Guten“ auf Kosten der „Schlechten“ gestärkt werden. Letzteres wird in der Rhetorik als Gerechtigkeitsargument in den Vordergrund gestellt, um Kostensenkung oder pures Gewinnstreben zu überspielen.

All das zeigt: Wir stecken unverkennbar wieder voll in der „ökonomischen Scheiße“ – um eine drastische Redewendung von Karl Marx (1851) zu übernehmen.¹ Dieser Zustand ist auch kein

1 Wobei Marx hiermit nicht die wirtschaftliche Lage seiner Zeit charakterisierte, sondern die theoretischen Probleme der Politischen Ökonomie,

ganz neuer, sondern dauert schon wieder so lange an, dass man heute an die fünfzig Jahre alt sein muss, um – wie die Autorin dieses Buches – wenigstens noch als Kind ein paar Jahre der anfangs erwähnten anderen Zeiten miterlebt haben zu können. Der Autor dieses Buches, fast zehn Jahre älter, hat noch den größten Teil seiner Jugend vor der ersten Ölkrise (1973) verbracht, die damals als ein weltweites Warnsignal wirkte, das auf das Ende von fast fünfundzwanzig Jahren starkem und stabilem Wirtschaftswachstum – in Deutschland zunächst geradezu ungläubig als „Wirtschaftswunder“ bestaunt – hinwies (Abelshauser 2011: 320-362; Herbert 2014: 619-697). „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) war vorbei, und seitdem leben wir im entwickelten Westen in der Ära „nach dem Boom“ (Doeering-Manteuffel/Raphael 2008).

Diese Ära begann Mitte der 1970er Jahre – natürlich nicht von einem Tag auf den anderen, und für die Einen früher spürbar als für die anderen. Es gibt etliche Schlagworte, die – überwiegend in kritischer Absicht – für die gesellschaftlichen Zustände geprägt worden sind, in denen wir uns seitdem finden, etwa „Liberalisierung“, „Deregulierung“, „Managerialisierung“, „New Public Management“, „Privatisierung“, „Entrepreneurisierung“, „Kommodifizierung“, „Kommerzialisierung“, „Finanzialisierung“ und „Vermarktlichung“. Diese und weitere Begrifflichkeiten werden seit nunmehr über dreißig Jahren in öffentlichen Debatten benutzt und immer wieder nahezu synonym verwendet. Daran stimmt, dass diese Begriffe sich in Teilen ihrer Bedeutungsgehalte in der Tat decken – aber eben nicht vollständig.² Am umfassendsten drückt wohl der Begriff der „Ökonomisierung“ all das aus, was gemeint ist. Auch dieser Begriff ist nicht eindeutig; neben einem zumeist zugrunde gelegten Verständnis gibt es auch deutlich abweichende Begriffsverwendungen.³ Hier wird das

mit denen er sich herumschlug.

- 2 Siehe dazu die Begriffsdiskussionen bei Dominik Akyel (2014), Thorsten Peetz (2014: 17-30) und Pascal Geißler (2016: 33-72).
- 3 Manchmal wird unter Ökonomisierung jegliche Art von Effizienzsteige-

gebräuchliche Verständnis von Ökonomisierung als *Bedeutungszuwachs ökonomischer Kosten- und Gewinn-Gesichtspunkte* für gesellschaftliches Handeln benutzt.

Wer von Ökonomisierung spricht, geht also davon aus, dass das, was die Menschen tun, sich zum einen zunehmend daran orientiert, finanzielle Kosten zu reduzieren und so insbesondere finanzielle Verluste zu verringern oder gänzlich zu vermeiden, oder zum anderen weitergehend darauf ausgerichtet ist, finanzielle Gewinne zu erzielen oder zu steigern. Auch wenn wirtschaftlichem Handeln, nicht erst in der Moderne, immer schon solche Gesichtspunkte zugrunde gelegen haben, kann deren Gewichtung im Vergleich zu anderen Handlungsgesichtspunkten durchaus variieren. Es kann also auch eine Ökonomisierung des Ökonomischen geben. Genau dies wird dem nicht ganz zufällig ebenfalls seit Mitte der 1970er Jahre aufgekommenen „Finanzmarkt-Kapitalismus“ (Windolf 2005; Davis 2009) attestiert. Ökonomisierung bedeutet hier, dass das Gewinnmotiv der Unternehmen und Unternehmer immer weiter in den Vordergrund rückt, zu Lasten nicht-ökonomischer Rücksichten, wie sie etwa im Interesse an der Gebrauchswertqualität des Produzierten, in der Berücksichtigung der Belange der Arbeitnehmer oder in dem bestehen können, was neuerdings als „corporate social responsibility“ thematisiert wird. Diese Ökonomisierungsphänomene, die nicht erst seit der schweren globalen Finanzmarktkrise des Herbstes 2008 vielen Sorgen bereiten, verdienen hinsichtlich ihrer Ursprünge, Erscheinungsformen und Folgen eine eigene Betrachtung

verstanden (Kettner 2010: 118; 2011: 5). Abgesehen davon, dass dies eine eher verwirrende terminologische Verdopplung ist, bekommt man so zweierlei nicht in den Blick: Zum einen geht nicht jede technische Effizienzsteigerung mit einer Ökonomisierung im Sinne einer wirtschaftlichen Effizienzsteigerung durch Kostensenkung einher, sondern kann z. B. lediglich schonender mit knappen Kollektivgütern umgehen; und zum anderen gibt es Ökonomisierung auch in Gestalt einer Gewinnsteigerung, die nicht auf einer Effizienzsteigerung beruht, sondern etwa darauf, dass man aufgrund eigener Marktmacht höhere Preise durchzudrücken vermag.

tung, die hier nicht geleistet werden kann und soll.⁴ Allerdings wird sich zeigen, dass es erstens Wechselwirkungen zwischen der hier interessierenden Ökonomisierung der nicht-wirtschaftlichen Teilbereiche der heutigen Gesellschaft und der Ökonomisierung des Ökonomischen gibt, auf die wir eingehen müssen, und dass man zweitens instruktive Vergleiche zwischen dem, was sich in der Wirtschaft abspielt, und den außerwirtschaftlichen Geschehnissen ziehen kann.

Ebenfalls auf die Wirtschaft bezogen und damit nicht im Fokus unserer Betrachtungen hier stehen Phänomene einer Ökonomisierung von Politikinhalt. Dies liegt dann vor, wenn Politik – nicht nur Wirtschafts- und Finanzpolitik – immer wirtschaftsfreundlicher wird. Das kann mit Blick auf spezifische ökonomische Interessen einzelner Branchen, Regionen oder Unternehmen geschehen, aber auch bezüglich der gesamtwirtschaftlichen nationalen oder internationalen Großwetterlage. Insbesondere der Sozialpolitik ist eine solche Kehrtwendung weg von einer Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen hin zu einer Ausrichtung aller, besonders aber der bisherigen Klientel sozialpolitischer Maßnahmen, auf eine volkswirtschaftlich nützlichere Lebensführung als bisher als „Ökonomisierung“ attestiert worden (z. B. Rothgang/Press 2008; Lessenich 2008). Solch eine Wirtschaftsfreundlichkeit aller Politikfelder ist es, wofür die entsprechenden Lobbyisten kämpfen: z. B. besondere Mehrwertsteuersätze für Hotels, großzügigere Ladenschlusszeiten, Subventionen für die Windkraftindustrie, Reduktionen des Kündigungsschutzes oder eine Niedrigzinspolitik der Zentralbank. Dies sind zweifellos gesellschaftlich wichtige politische Gestaltungsmaßnahmen, die allerdings direkt auf die Wirtschaft gerichtet sind. Wir wollen hier hingegen betrachten, wie Ökonomisierung sich in nicht-ökonomischen Gesellschaftsbereichen vollzieht, und mit welchen Effekten.

4 Siehe z. B. Michael Noweski (2016) zur „Ökonomisierung der Arzneimittelentwicklung“ in den Pharmakonzernen, und welche Folgen das für die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung hat.

Unser Thema ist also die *Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen*. In dieser Kurzformel kommt bereits das zum Ausdruck, was viele Beobachter und vor allem Betroffene an diesen Ökonomisierungsvorgängen, wofür auch die Eingangsbeispiele stehen, irritiert und ab einem bestimmten Punkt zutiefst verstört: dass es dabei offenbar um einen Übergriff des Wirtschaftlichen in Gesellschaftsbereiche geht, die gerade nicht primär nach wirtschaftlichen Prinzipien funktionieren sollen. So sehen es jedenfalls die meisten derer, die in diesen Bereichen tätig sind, und die allermeisten, die Nutznießer dieser Tätigkeiten sind. Krankenhäuser – um nur dieses Beispiel nochmals anzuführen – sollen keine nach Profitmaximierung strebenden Organisationen sein, sondern sich zuallererst am Patientenwohl orientieren. Mehr noch: Ihnen soll das Geld zur Verfügung stehen, das das Patientenwohl erfordert – ein knappes Budget darf hier nicht zählen. Ökonomen verkünden zwar: „Coping with scarcity in one form or another is the essence of the human condition ...“ (Frank 1991: 4). Doch die funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaft, also eines ihrer grundlegenden Strukturmuster, läuft gerade darauf hinaus, das Knappheitsdenken als die typisch wirtschaftliche Betrachtungsweise der Welt in den anderen gesellschaftlichen Sphären zwar nicht völlig zu negieren, aber doch weitreichend zu relativieren. Knappheit kann natürlich nicht aus der Welt geschafft werden, stellt jedoch außerhalb der Wirtschaft eben nicht „the essence“, sondern nur eine – zugegeben nicht ganz unwichtige – Restriktion dar. Wissenschaftliche Wahrheitsuche, medizinische Krankenbehandlung, der Wohlfahrtsstaat, das Militär oder die schönen Künste dürfen und sollen – überspitzt gesagt – erst einmal so tun, *als ob* Geld keine Rolle spielt.

Der Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen haftet somit der Ruch einer illegitimen „feindlichen Übernahme“ an. Die je eigenen Wertmaßstäbe des Gesundheitswesens, der Kunst oder der Wissenschaft werden – so die Befürchtung – relativiert oder sogar übertrumpft durch Imperative des Geldsparens oder, noch schlimmer, des Geldverdienens. Genau dieser Verdacht verschafft dem Thema erstens die gesellschaftspolitische Relevanz, die es ja ohne Zweifel hat, und macht es zweitens auch gesell-

schaftstheoretisch so interessant. Jede Theorie der modernen Gesellschaft, die davon ausgeht, dass diese Gesellschaftsform neben der Wirtschaft auch noch genuin anders tickende Sphären aufweist, muss sich fragen, wie es geschehen kann, dass die Wirtschaft sich sozusagen überall sonst breit zu machen anschiebt, und was das gesellschaftlich – letztlich auch: wirtschaftlich – bedeutet.

Auch das so eingegrenzte Teilspektrum gesellschaftlicher Ökonomisierung nehmen wir nicht vollständig in den Blick. Wir konzentrieren uns vielmehr auf solche Phänomene einer Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen, bei denen das Aufeinanderprallen von sich Geltung verschaffenden Kosten- und Gewinngesichtspunkten auf der einen und nicht-wirtschaftlichen Wertmaßstäben auf der anderen Seite dadurch besonders zugespitzt und augenfällig geschieht, dass Letztere von Leistungsorganisationen und Berufsrollen als Ethos der eigenen Praxis hochgehalten werden. Das „gute“ Krankenhaus und der „gute“ Arzt wehren sich gegen Ökonomisierungsdruck, weil die „gute“ medizinische Leistungserbringung nicht von Geldfragen abhängig werden darf – so das Selbstverständnis der Organisationen und ihrer Rollenträger. Es mag sein, dass es mit diesem Selbstverständnis hier und da nicht mehr weit her ist – aber das könnte dann selbst als Ökonomisierungsfolge zu begreifen sein, geradezu als ultimativer Ökonomisierungsschaden, und nicht etwa als Zeichen, dass alles in Ordnung so ist. Natürlich halten auch die Empfänger der betreffenden Leistungen, also z. B. die Patienten, die jeweiligen Wertmaßstäbe gegen ökonomische Gesichtspunkte hoch, aber oft nicht mit der gleichen Entschiedenheit und auch nicht mit vergleichbaren Möglichkeiten, Widerstand zu leisten.

Deshalb gehen wir hier nicht auf solche Arten der Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen ein, bei denen die Ökonomisierungsfolgen, etwa in Gestalt von Leistungsreduktionen, sozusagen direkt bei den Leistungsempfängern ankommen, ohne dass z. B. medizinische oder schulische oder universitäre Leistungsproduzenten zwischengeschaltet sind. Wenn durch politische Entscheidungen das Arbeitslosengeld oder das BAföG gekürzt werden oder die Zugangsberechtigung eingeschränkt wird, dann

gelangt das als reduzierter Geldtransfer unmittelbar zum Transferempfänger, der sich Gedanken darüber machen muss, was das für seine Lebensführung bedeutet.⁵ Wenn aber für bestimmte medizinische Behandlungen Standard-Kostensätze festgelegt werden oder die staatlichen Grundmittel für die Hochschulen trotz stetig steigender Studierendenzahlen stagnieren, müssen damit erst einmal die betreffenden Organisationen und deren Mitarbeiter zurechtkommen; und wie sie das auf der Grundlage ihres jeweiligen Ethos tun, entscheidet mit darüber, welche Ökonomisierungsfolgen die Patienten und Studierenden als Leistungsabnehmer verspüren. Auch der Tatbestand, dass hier die Wirkungskette länger als bei bloßen Geldtransfers ist, verspricht entsprechend aufschlussreichere Einblicke.

Die hauptsächlich von uns herangezogenen Beispiele, an denen wir die Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen studieren wollen, sind dementsprechend Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Organisationen des Kunstbetriebs (z. B. Museen, Theater, Orchester) sowie Zeitungsverlage und Rundfunksender. Diese Auswahl begründet sich teilweise aus unseren Vorkenntnissen, vorrangig aber daraus, wo bisher diese Ökonomisierungsvorgänge am häufigsten und am gründlichsten untersucht worden sind, so dass wir auf vorhandene Analysen zurückgreifen können. Nur wenige Forschungen gibt es hingegen etwa zur Ökonomisierung des Gerichtswesens oder des Militärs oder auch der Kirchen, obwohl diese Felder nicht weniger interessant und bedeutsam sind. Hier und da bietet sich die Möglichkeit, zumindest kurze Seitenblicke auf solche anderen Felder zu werfen.⁶ Wie sich freilich zeigen wird, sind auch schon die von uns herangezogenen Bereiche hinreichend divers, um die Bandbreite des Geschehens zu verdeutlichen. Zusätzlich zum Vergleich zwischen Feldern

5 Vor allem der Umbau sozialpolitischer Leistungen ist viel untersucht – siehe etwa Christoph Butterwegge (2007) oder Stephan Lessenich (2008). Zu den Folgen für die Lebensführung siehe Klaus Dörre et al. (2013).

6 Im Anhang führen wir zu allen gesellschaftlichen Sphären einige ausgewählte Studien auf, die Einstiege in die sphärenspezifischen Ökonomisierungsforschungen bieten können.

werden wir an einigen Stellen Ländervergleiche andeuten, um etwa abschätzen zu können, welche unterschiedlichen Auswirkungen unterschiedliche Ausmaße von Ökonomisierungsdruck haben können. Ansonsten ziehen wir viele Beispiele aus Deutschland heran, die natürlich für deutsche Leserinnen noch etwas mehr Anschaulichkeit besitzen als die entsprechenden Phänomene in Großbritannien oder den USA.

Wir widmen uns damit – wie schon deutlich geworden sein dürfte – in diesem Buch einer der prägendsten Strukturdynamiken der modernen Gesellschaft. Dabei interessieren uns vor allem die bereichsübergreifenden Gemeinsamkeiten, nicht so sehr die bereichsspezifischen Besonderheiten. Wir wollen also nicht zu einem noch detaillierteren Verständnis der Ökonomisierung des Gesundheitswesens oder irgendeines anderen Bereichs beitragen, sondern zu einem allgemeinen Verständnis der Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen in Gestalt eines abstrahierenden theoretischen Modells, das dann als solches auch die Bereichsspezifika nochmals anders erhellt. Wie schon angedeutet, richten wir unsere Aufmerksamkeit zeitlich auf die Gegenwart, wie sie sich seit Mitte der 1970er Jahre herausgebildet hat; und räumlich beschränken wir uns auf entwickelte westliche Gesellschaften, mit besonderem Schwerpunkt auf Deutschland. Damit behaupten wir keineswegs, dass Ökonomisierung etwas Neues sei und dass sie den Rest der Welt nicht betreffe. In beiden Hinsichten gilt: ganz im Gegenteil! Ökonomisierung hat es immer wieder gegeben, sie stellt in der Geschichte der Moderne eher die Regel denn die Ausnahme dar; und sie ist heutzutage in ihren negativen Folgen in vielen anderen Teilen der Welt – etwa in den ehemals staatssozialistischen Ländern oder in großen Teilen Afrikas – viel drastischer spürbar als bei uns. Dass wir uns dennoch auf unser Hier und Jetzt konzentrieren, liegt natürlich vor allem in Selbstbetroffenheit begründet: also darin, dass wir nicht nur soziologische Beobachter, sondern auch hier und jetzt in dieser Gesellschaft Lebende sind.

Sozial schließlich könnten wir die Thematik auch aus einer subjektbezogenen Perspektive erschließen: Was bedeutet es für die individuelle Lebensführung, dass man in allen Lebensberei-

chen mit Ökonomisierung konfrontiert ist – von der beruflichen Arbeit bis zum Sporttreiben oder dem partnerschaftlichen Zusammenleben? Hierzu sind plausible und spannende Thesen zum „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007), das jedem auferlegt werde, in den Raum gestellt worden.⁷ Wir werden diese subjektbezogene Perspektive hier nicht einnehmen, die sich im Übrigen mit unserem Fokus auf Leistungsproduktionen gut verbinden ließe. Aber auch die subjektbezogene Sichtweise verdeutlicht, dass unser Thema offenbar einen Nerv aktueller gesellschaftlicher Selbstbeobachtung trifft.

Damit ist auch der Impetus soziologischer Zeitdiagnosen angesprochen.⁸ Um diesbezüglich kein Missverständnis aufkommen zu lassen, beeilen wir uns zu erklären, dass wir hier keine Zeitdiagnose vorlegen. Wir täten es zwar gerne, sehen uns aber dazu noch lange nicht in der Lage. Dafür fehlt es insbesondere an empirischer Fundierung, woran auch eine Meta-Analyse etwa der vielen hundert Studien zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens in den entwickelten westlichen Gesellschaften nichts änderte. Die meisten Zeitdiagnosen bewegen sich zwar sehr unbekümmert auf ganz dünnem Eis, was die empirische Absicherung der theoretischen Aussagen anbelangt. Wir wollen gerade deshalb betonen, dass wir nicht mehr als die theoretische Skizze einer Zeitdiagnose vorlegen. Dabei beanspruchen wir für die meisten der verwendeten Einzelargumente keine Originalität. Wir tragen Beobachtungen und Ideen zusammen, die an vielen verstreuten Orten zu finden sind, und schlagen eine Verknüpfung dieser

7 Siehe auch Andreas Reckwitz (2006: 500-527) zum „unternehmerischen Kreativsubjekt“ sowie Sighard Neckel (2008) zur „Erfolgskultur der Marktgesellschaft“; ferner Cornelia Koppetsch (2006), Howard E. Aldrich (2010), Patrick Le Gales und Alan Scott (2010), Rebecca Gill (2013) oder Alexandra Manske (2016) als konkretere Veranschaulichungen. Wolfgang Dunkel und Margit Wehrich (2017) schließlich stellen einige neuere Studien zu jenen dar, die am unteren Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter unter Ökonomisierungsdruck stehen.

8 Zu Charakteristika dieses Genres soziologischer Literatur siehe Hans-Peter Müller (1997), Schimank (2000), Fran Osrecki (2011), Volkmann (2015).

losen, teilweise auch unordentlich verknäuelten Fäden zu einem stimmigen Muster vor, das die bisherige Diskussion synthetisiert und so auf ein höheres Niveau bringt. Wir werden also auf der Grundlage des vorliegenden Wissens Fragerichtung und Argumentationslinie einer gesellschaftstheoretischen These fortschreitender Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen konzipieren und die einzelnen Argumentationsschritte mit empirischen Fällen illustrieren. Aber wie verbreitet diese beispielhaft verdeutlichten Phänomene in welchen Gesellschaftsbereichen und welchen Ländern sind, lässt sich kaum einmal seriös einschätzen. Anders gesagt: Wir zeigen auf, was alles genau empirisch ermittelt werden müsste, um die hier präsentierte Ökonomisierungsthese prüfen zu können.

Diese theoretische Skizze wird von drei Fragen geleitet: Was sind erstens die Ursprünge, zweitens die Erscheinungsformen und drittens die Folgen einer Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen? Wir handeln diese drei Fragen allerdings nicht eine nach der anderen ab, weil das viele wechselseitige Bezüge zerreißen würde.

Stattdessen legen wir im Kapitel 2 ein theoretisches Grundmodell der modernen Gesellschaft vor, aus dem mit Blick auf die Ursprungsfrage deutlich wird, warum Ökonomisierungsdruck strukturell in diese gesellschaftliche Ordnung funktionaler Differenzierung eingebaut ist. Zu dieser Ordnung gehört eine kapitalistische Wirtschaft, die über die Geldabhängigkeit aller anderen Gesellschaftssphären eine gesamtgesellschaftliche Dominanz ausübt, die sich prominent als Ökonomisierungsdruck manifestiert und der nur ein hinreichend starker demokratischer Wohlfahrtsstaat halbwegs entgegenwirken kann. Je nachdem, wie dieser funktionale Antagonismus sich zu einem bestimmten Zeitpunkt darstellt, changiert die Moderne zwischen nahezu ökonomisierungsfreien Zeiten und Zeiten starken Ökonomisierungsdrucks, wobei es sich als nützlich erweist, Stufen der Ökonomisierung zu unterscheiden, die vom Aufkommen eines Kostenbewusstseins bis zum starken Gewinndruck reichen. Erste Eindrücke der gesellschaftlichen Folgen von Ökonomisierung werden hieran ebenfalls deutlich.